

Tages Thema



Moskau schreibt in Corona-Zeiten Mund-Nasen-Schutz und jetzt auch Handschuhe vor. Foto: Imago

Wie die Welt auf Abstand geht

Rund um den Globus kämpfen die Länder gegen die Ausbreitung des Coronavirus – auf teils sehr unterschiedliche Weise

Wo breitet sich das Coronavirus am rasantesten aus? Wo sind die Folgen am dramatischsten? Und wo gibt es Hoffnung? Diesen Fragen sind Korrespondenten der dpa in aller Welt nachgegangen.

Russland

In Moskau – Europas größter Stadt – gilt nun eine Pflicht, neben Mund- und Nasenschutz auch Handschuhe zu tragen. Getragen werden muss der Schutz in öffentlichen Verkehrsmitteln, Supermärkten und an sonstigen Orten, wo viele Menschen zusammenkommen, also auch am Arbeitsplatz. Im Moskauer Gebiet und anderen Regionen des riesigen Staates mit hohen Infektionszahlen ist das ebenfalls vorgeschrieben. „Maske und Handschuhe bilden eine physische Barriere, weil ja das Virus vor allem durch Tröpfcheninfektion über die Luft und auf dem Kontaktweg übertragen wird“, sagte Andrej Tjashelnikow von der Moskauer Stadtverwaltung. Die Kombi mache es auch psychologisch schwerer, sich mit bloßen Fingern im Gesicht zu berühren.

Wer gegen die Tragepflicht verstößt, dem drohen Strafen zwischen 4000 und 5000 Rubel (50 bis 60 Euro), wie die Stadt Moskau mitteilte. Der auch für den öffentlichen Personennahverkehr zuständige Vizebürgermeister Maxim Liksutow sagte, dass am Dienstagmorgen 94 Prozent der Metropassagiere Masken und 68 Prozent Handschuhe getragen hätten. An den Metrostationen in Moskau gab es Masken für 30 Rubel, Handschuhe für 20 Rubel. Eine Kombi kostete 50 Rubel (63 Cent) – so viel

wie etwa eine Metrofahrt. Einige Geschäfte stellten an ihren Eingängen kostenlose Desinfektionsmittel sowie Einmalhandschuhe bereit – aber keine Masken.

Frankreich

In Paris nutzten am Montagabend einige Dutzend Menschen die Lockerung der Ausgangsbeschränkungen, um die neue Freiheit in kleineren Gruppen am Canal Saint-Martin in der Sonne zu genießen. Die Polizei räumte den beliebten Kanal im Osten der Hauptstadt und verhängte umgehend ein Alkoholverbot an allen Ufern der Stadt – auch an der Seine. Innenminister Christophe Castaner monierte zuvor „Verantwortungslosigkeit“. Viele befürchten nun eine komplette Sperrung der Ufer. In Frankreich sind seit dem Inkrafttreten der Lockerungen Treffen von bis zu zehn Menschen erlaubt, wenn die Abstandsregeln eingehalten werden.

Im engen Paris ist das schwierig, denn die Hauptstadt liegt in der roten Zone – hier ist das Coronavirus stark verbreitet. Das hat zur Folge, dass Parks und Gärten geschlossen bleiben, so hat es die Regierung vorgegeben. Bürgermeisterin Anne Hidalgo hat erneut gefordert, dass diese wieder öffnen, wenn die Menschen dort eine Maske tragen. Maskenpflicht gibt es in Frankreich nur im Nah- und Fernverkehr. Doch Gesundheitsminister Olivier Véran erteilte der Bitte der Bürgermeisterin eine Abfuhr.

Schweiz

Erstmals seit Beginn der Corona-Krise hat der schwer betroffene, an Italien grenzende Schweizer Kan-

ton Tessin am Dienstag keinen neuen Todesfall und keine neue Ansteckung verzeichnet. Das Tessin hatte, bezogen auf die Einwohnerzahlen, zusammen mit dem Grenzkanton Genf die mit Abstand größten Fallzahlen. Das liegt wahrscheinlich daran, dass Zehntausende Grenzgänger jeden Tag aus der in Italien besonders schwer getroffenen Region im Norden des Landes im Tessin arbeiten und sich das Virus dort deshalb ausbreiten konnte. Landesweit sind die nachgewiesenen Neuinfektionen inzwischen auf wenige Dutzend am Tag zurückgegangen. Die Zahl der mit einer Sars-CoV-2-Infektion Gestorbenen betrug nach Angaben des Bundesamtes für Gesundheit bis Dienstag knapp 1600. Seit Montag dürfen Geschäfte, Fitnesscenter sowie Restaurants wieder öffnen, wenn auch unter strengen Hygienevorschriften.

Saudi-Arabien

Der Wüstenstaat ringt inzwischen mit einer Krise an zwei Fronten. Einerseits ist Saudi-Arabien den offiziellen Zahlen zufolge mit mehr als 41 000 Infektionen stark von der Pandemie betroffen. Möglicherweise könnte auch die große Wallfahrt Hadsch ausfallen, die Ende Juli beginnen soll. Das war zuletzt zwischen 1798 und 1801 der Fall, als Napoleons Feldzug in Ägypten die Wallfahrtsrouten nach Mekka unsicher machte.

Gleichzeitig steht Saudi-Arabien derzeit eine seiner schlimmsten Wirtschaftskrisen seit Jahrzehnten durch. Mit einem Sparprogramm und einer drastischen Steuererhöhung versucht Riad, auf den beispiellosen Verfall der Ölpreise in der Corona-Krise zu reagieren. So soll die Mehrwertsteuer von derzeit 5 auf 15 Prozent verdreifacht werden. Der staatliche Ölkonzern

Aramco hatte erst am Dienstag erneut einen Gewinneinbruch gemeldet: Der Jahresüberschuss fiel im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Viertel auf 16,7 Milliarden Dollar.

Kanada

„Unsere Ältesten und Weisesten haben uns immer gesagt: ‚Es wird ein Tag kommen, an dem wir auf das Land gehen müssen‘“, sagte vor Kurzem der Chef der kanadischen Dene-Ureinwohner, Norman Yakeleya. „Und jetzt ist dieser Tag.“ Zum Schutz vor der Coronavirus-Pandemie haben sich viele kanadische Ureinwohner in die arktische Wildnis zurückgezogen, in einsame Jagd- oder Fischerhütten etwa. Die Regierung des geografisch zweitgrößten Landes der Erde hat diese Maßnahme mit umgerechnet etwa 1,6 Millionen Euro unterstützt. Die Ureinwohner gelten als besonders gefährdet: Viele von ihnen leben aufgrund von Wohnungsmangel in großen Familienverbänden, oftmals in ärmlichen Verhältnissen, und viele haben Vorerkrankungen. In der Wildnis können sie besser voneinander Abstand halten, um sich und andere zu schützen.

Bislang scheint diese zusammen mit anderen Maßnahmen Wirkung zu zeigen: Rund 65 000 Menschen haben sich in Kanada bereits mit dem Virus infiziert – in den drei arktischen Territorien Nunavut, Yukon und Nordwest-Territorien, wo knapp 150 000 der rund 37 Millionen Einwohner des Landes leben, gab es bislang gerade einmal 16 Fälle. In Nunavut, so groß wie Mexiko, sogar überhaupt keinen. Das größtenteils von Ureinwohnern

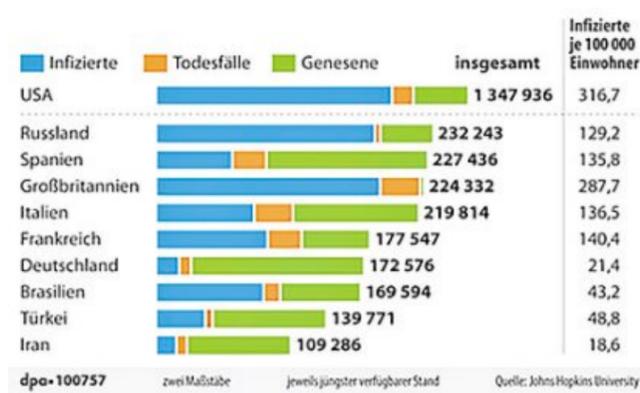
bevölkerte Gebiet und seine einzelnen Städte und Ansiedlungen sind nur per Flugzeug zu erreichen. Derzeit dürfen nur Einwohner und Menschen mit systemrelevanten Berufen einreisen, vorher muss eine 14-tägige Quarantäne eingehalten werden.

Senegal

Wissenschaftler im Senegal entwickeln schnelle und günstige Corona-Testkits, die den Kampf gegen Covid-19 in Afrika enorm erleichtern könnten. Die Testkits würden innerhalb von zehn Minuten Ergebnisse zeigen und voraussichtlich ab Juni verfügbar sein, sagte Ousmane Faye, der Leiter der Virologieabteilung des Institut Pasteur in Dakar. Das Testkit besteht demnach aus einem Antigentest und einem Antikörpertest. Bei dem Antigentest werden Proteinfragmente von Sars-CoV-2 aus Nasenabstrichen oder Speichel nachgewiesen – anders als beim derzeit genutzten Gentest, bei dem Virenerbgut nachgewiesen wird. Beim Antikörpertest werden vom Immunsystem gebildete Antikörper im Blut nachgewiesen, was zeigt, ob jemand das Virus bereits hatte. Das Institut Pasteur entwickelt die Testkits mit dem britischen Unternehmen Mologic und mit Diatropix.

Dies könnte den Kampf gegen Covid-19 in Afrika extrem erleichtern. Denn auf dem Kontinent ist laut Weltgesundheitsorganisation eins der größten Probleme der Mangel an Tests. Kenia etwa testete zuletzt pro Tag rund 1000 Proben. In Deutschland haben die Labore nach Angaben des Robert Koch-Instituts Kapazitäten für mehr als 150 000 Tests am Tag.

Covid-19: Die am stärksten betroffenen Länder



Corona in Kürze

Löscht Twitter bald Tweets von Trump?

Um die Verbreitung falscher Informationen über das Coronavirus einzudämmen, greift Twitter nun härter durch. Tweets mit Inhalten, die von Experten als irreführend oder falsch eingestuft worden sind, werden gelöscht. Das teilte das Unternehmen mit. Aussagen, die umstritten sind, werden mit einem Verweis auf vertrauenswürdige Quellen versehen.

Die neuen Regeln zur Kennzeichnung von Tweets sollen auch rückwirkend gelten. „Unser Ziel ist es, das Auffinden glaubwürdiger Informationen auf Twitter zu erleichtern und die Verbreitung potenziell schädlicher und irrefüh-

render Inhalte zu begrenzen“, hieß es. Auch führende Politiker wie US-Präsident Donald Trump könnte diese Regelung treffen. „Diese Kennzeichnungen gelten für jede Person, die laut unserem Regelwerk irreführende Informationen weitergibt“, antwortete Yoel Roth, der bei Twitter unter anderem für die Erarbeitung und Durchsetzung solcher Regeln zuständig ist.

Facebook löscht bereits ebenfalls potenziell gefährliche falsche Behauptungen über das Coronavirus – und schickt Nutzern nachträglich eine Warnung, wenn sie mit solchen Behauptungen in Berührung kamen. Bei YouTube werden Videos zu dem Pandemiethema mit einem Hinweis zu offiziellen Informationen versehen.

Verschwörungstheorie unter Bischöfen

Die Kritik an dem umstrittenen Corona-Schreiben mehrerer hochrangiger katholischer Geistlicher aus verschiedenen Ländern wächst. „Hier von einer ‚Weltverschwörung‘ zu reden, empfinde ich geradezu als zynisch“, sagte der neue Augsburger Bischof Bertram Meier. „Ich denke vor allem auch an die vielen Menschen, die in verschiedenen Altenheimen in unserer Region inzwischen nach einer Covid-19-Infektion gestorben sind.“ In dem Text, den auch der deutsche Kardinal Gerhard Ludwig Müller – ehemaliger Chef der vatikanischen Glaubenskongregation – unterschrieben hat, heißt es: „Es sind Tatsachen, dass unter dem Vor-

wand der Covid-19-Epidemie in vielen Fällen unveräußerliche Rechte der Bürger verletzt und ihre Grundfreiheiten unverhältnismäßig und ungerechtfertigt eingeschränkt wurden, einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Freizügigkeit.“

Bischof Meier sagte der „Augsburger Allgemeinen“: „Jeder muss in einer freiheitlichen Gesellschaft seine Meinung frei äußern dürfen, aber in unserem Bistum haben wir einen Priester an Corona verloren.“ Zuvor hatte schon die Deutsche Bischofskonferenz das Schreiben kritisiert. Müller verteidigte seine Unterschrift. Er sagte der Zeitung „Tagespost“: „Jeder nennt jetzt jeden Andersdenkenden Verschwörungstheoretiker.“

Behörde erweitert Einsatz von Remdesivir

Zur Behandlung schwerer Coronavirus-Infektionen hat die Europäische Arzneimittelbehörde EMA ihre Empfehlungen für den begrenzten Einsatz des Wirkstoffs Remdesivir ausgeweitet. Es kann nun zusätzlich bei bestimmten stationären Patienten angewandt werden, die nicht auf Beatmungsgeräte angewiesen sind. Eine klinische Studie aus den USA ergab, dass die Verabreichung bei Covid-Patienten die Zeit bis zu einer Genesung um mehrere Tage verkürzen kann. Den ersten Ergebnissen zufolge führte das Medikament allerdings nur zu einer geringfügig niedrigeren Sterblichkeitsrate. Auch fehlen noch gesicherte Angaben zu Nebenwirkun-

gen und dazu, welche Patienten am ehesten profitieren könnten. Verwendet werden kann das Mittel nach der EMA-Empfehlung nun etwa auch bei nicht invasiver Beatmung oder wenn der schwer erkrankte Patient mit zusätzlichem Sauerstoff versorgt wird. Remdesivir wurde ursprünglich zur Behandlung von Ebola entwickelt und ist bislang in keinem Land der Welt als Medikament zugelassen. Es gilt als mögliches Mittel zur Behandlung schwerer Coronavirus-Infektionen. Die USA erteilten Anfang Mai eine Ausnahmegenehmigung für den begrenzten Einsatz in Krankenhäusern. Auch in Deutschland ist das Mittel innerhalb eines Arzneimittel-Härtefallprogrammes zugänglich und wird in klinischen Studien getestet.